

P R E S S E M I T T E I L U N G

des Bündnisses gegen das neue Brandenburger Polizeigesetz

Potsdam, der 08.11.2018

Breites Bündnis formiert sich: Kreisverbände der LINKEN und JuLis Brandenburg offiziell gegen das neue Polizeigesetz

Am Samstag, den 10.11.2018, um 13.30 Uhr ab Bahnhof Charlottenhof in Potsdam protestieren viele Menschen für den Schutz von Grund- und Freiheitsrechten und damit gegen das neue Polizeigesetz in Brandenburg. Kurz vor der Demonstration haben sich die ersten Kreisverbände der Partei DIE LINKE dem Protest gegen das neue Polizeigesetz angeschlossen. So zählen sich DIE LINKE Kreisverbände Oberhavel, Oder-Spree, Frankfurt (Oder) und Potsdam zu den offiziellen Unterstützern. Die LINKE-Jugendorganisation linksjugend ['solid] Brandenburg ist Gründungsmitglied des Bündnisses gegen die Polizeigesetzesverschärfungen.

Die Unterstützung offenbart die große Missstimmung vieler LINKE-Mitglieder über die Linie der rot-roten Landesregierung, das härteste Landespolizeigesetz in der Geschichte Brandenburgs verantworten zu wollen. Insbesondere werden die im neuen Gesetz verankerten Meldeauflagen gegen politisch Engagierte, die Ausweitung der anlasslosen Kontrollen in ganz Brandenburg (Schleierfahndung) und die für Missbrauch anfällige Aufweichung des Gefahrenbegriffs im Rahmen des neuen Terrorparagrafen kritisiert.

Eine weitere parteipolitische Unterstützung kommt von der Jugendorganisation der FDP, Junge Liberale Brandenburg e.V.. Die JuLis sehen das neue Polizeigesetz als Sicherheitsrisiko: „Wer mithilfe der sogenannten Quellen-TKÜ Sicherheitslücken und Hintertürchen in den Smartphones der Bürgerinnen und Bürger ausnutzen will, der schafft mehr Unsicherheit als er bekämpft.“²

¹<https://nopolgbbg.de/unterzeichnen/>

²<https://julis-brandenburg.de/2018/fdp-jugend-unterstuetzt-buendnis-gegen-neues-polizeigesetz/>